

Morworts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Geflügel gegen Stahlhelm und Wehrwolf

Unfug — staatsfeindliche Zwecke — abenteuerliche Leute. — Abbau des Zeitfreiwilligen-systems.

Zu Beginn der heutigen Reichstags-sitzung teilte Präsident Loebe u. a. mit, daß Abg. Scheidemann wegen Krankheit einen neuen Urlaub von fünf Wochen erbittet. Das Haus gibt dem Ersuchen statt.

Es werden dann zwei Abstimmungen zum Etat des Ernährungsministeriums nachgeholt und die beiden sozialdemokratischen Anträge, für Zwecke der Kindererziehung 5 Millionen Mark aus den Ueberschüssen der Reichsgetreidestelle und zur Erneuerung und zur Ergänzung ihrer Schiffe den Treibnehmereien einen langfristigen Kredit zu mäßigem Zinsfuß in Höhe von 3 Millionen Mark zu bewilligen, angenommen.

Darauf wird die Beratung des Etats des Reichswehrministeriums fortgesetzt und beschlossen, mit dem Kapitel Flotillenwesen die beiden Interpellationen über das schwere Unglück auf der Weser zu verbinden. Zunächst wird jedoch die allgemeine Besprechung beim Titel Ministergehalt fortgesetzt.

Reichswehrminister Dr. Gehler:

Ich habe gebeten, mich hier dazwischenzuschieben, (Zuruf aus der äußersten Linken: Hier wird nicht geschrien!) Es kommt darauf an, Herr Kollege (Heiterkeit) — um den bisherigen Rednern sofort antworten zu können. Wenn die Höhe der Forderungen für die Wehrmacht kritisiert worden ist, so muß man bedenken, daß sich seit der Vorkriegszeit die Verhältnisse geändert haben und die Preise gestiegen sind. Es ist auch die Zahl der Stabs-offiziere beanstandet worden. Aber wir können diese Zahl gleich verringern, wenn Sie bereit sind, diesen Herren die Gehälter der Hauptmanns-klassen weiter zu bezahlen. Der Beruf des Offiziers hat heute so wenig Anreiz und hat soviel eingebüßt von dem, was er früher gehabt hat, daß es schon jetzt die größten Schwierigkeiten macht, tüchtige Offiziere im Reichsheer zu halten, vor allem vernünftige Offiziere, und das ist die große Anzahl der Offiziere überhaupt. Allein im vorigen Jahr sind mehr als 60 Leutnants ausgeschieden und immer wieder mußte ich mich einsehen, daß Stabs-offiziere nicht weggehen, weil die Herren sagen, in ein paar Jahren sei ihr Privatvermögen aufgezehrt und deshalb müßten sie bei Zeiten sich im Wirtschaftsleben um eine Existenz umsehen. Der Dienst der Stabs-offiziere ist anstrengender geworden bei der großen Zerstückelung der Garnisonen und bei dem Fortfall aller höheren Schulen, wodurch die Notwendigkeit entstanden ist, die Offiziere im Truppendienst selbst heranzubilden zu müssen. Was die Zahl der Chargen bei der Mannschaft angeht, so können wir die Leute nicht 12 Jahre lang ohne Borrückung dienen lassen.

Die Berufsarmee in England, Amerika usw. befolgen ihre Soldaten viel besser und geben ihnen auch die Möglichkeit, in die Kolonien zu gehen oder vorzeitig auszuschiden, während wir nur 5000 Mann pro Jahr vorzeitig entlassen dürfen.

Was die sachlichen Ausgaben anbelangt, so hat uns die Entente lange Jahre verhindert, unsere Sachbestände zu ergänzen.

Im Widerspruch zu dem Wortlaut der Versailles-Bestimmungen durften wir uns die Munitionsfabriken, von denen wir kaufen, nicht selbst wählen, sondern die Fabriken wurden uns bestimmt und darunter solche, die niemals vorher derartige Munition hergestellt hatten. Das trifft auch auf die Aus-rüstung zu. Die Reichswehr muß heute ständig mobil sein, weil eine Vorratswirtschaft mit den Erfordernissen der Bewegunsmöglichkeit nicht geduldet wird. Die Zahl der Offizierspferde ist übrigens in der Reichswehr geringer als in der Schweiz.

Der Minister spricht dann über die sozialen Einrichtungen der Reichswehr, z. B. über Wohnlichmachung der Kasernen, Verbesserung der Kücheneinrichtungen, die beide nicht für einen zwölfjährigen Aufenthalt der Soldaten bestimmt waren, ferner über die Errichtung von Ferienheimen für die Soldaten auf Urlaub, wobei in manchen dieser Heime auch die Angehörigen der Soldaten Aufnahme finden können, über die den Soldaten gewährten Urlaubs-reisen und Geldhilfe bei Rückfällen usw. Der Minister fügt hinzu, daß das Geld für alle diese nützlichen Zwecke nicht aus dem Etat genommen werden konnte, sondern von allen möglichen Verbänden und auch durch Sammlungen aufgebracht wurde, ohne daß jedoch die Geber politische Absichten damit verbunden hätten.

Im Gegenteil, es seien auf diese Weise Beträge, mit denen sonst Stahlhelm, Wehrwolf usw. Unfug und staatsfeindliche Zwecke betrieben hätten, in einwandfreier und nützlicher Weise verwendet worden.

womit sich z. B. auch Minister Severing sehr zufrieden erklärt habe. Er, Dr. Gehler, bürge dafür, daß diese Mittel nur sachgemäß und für nichts anderes verwendet werden. Er spricht dann von den materiellen Aussichten der Soldaten nach Ableistung ihrer Dienstzeit, die sich durch Beamtenabbau und Anstellungssperre sehr verschlechtert haben. Die Reichswehr strebt an, daß die Abschluß-prüfungen der in der Reichswehr bestehenden Kurse usw. vom Reich und den Staaten anerkannt werden. Es ist auch eine vorläufige Zulage des Reichsfinanzministeriums erfolgt, daß eine eigene Gehaltsordnung für Wehr- und Marine-gelassen und das Besoldungsdienstalter angerechnet werden soll.

Der Minister dankt für die Anerkennung der Leistungen und Disziplin der Reichswehr, die auch von denjenigen Rednern ausgesprochen wurde, die zum Etat selbst ablehnend stehen. 1924 sei das erste ruhige Jahr gewesen, wo die Reichswehr nicht ständig Garnisonen wechseln und bei Unruhen eingreifen mußte.

Der Minister führt dann weiter aus, daß die ständige Kontrolle durch die Entente-Kommissionen und das Verbot der modernsten Waffen für die Reichswehr allenfalls zu ertragen wären, wenn auch die anderen Länder unter solchen Abrüstungsmaßnahmen lüden.

Aber davon sei ja keine Rede. Heute ständen in Europa, trotz der starken Beschränkung Deutschlands, Deutsch-Osterreichs und Bulgariens, über eine halbe Million Soldaten mehr unter den Waffen, als 1913. (Lebhaftes Härt! Härt!) Damit ist der Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen der moralische Kern genommen. Als Zweck der Reichswehr haben die Alliierten

selbst die Sicherung der deutschen Grenzen erklärt, die die Alliierten von sich aus zu garantieren ablehnten. Auf diese Aufgabe muß die Reichswehr eingestellt sein. Gegen vernünftigen Pazifismus hat niemand im Heere etwas. Im Gegenteil, wer die Schrecken des Krieges kennengelernt hat, der spricht nicht leichtfertig vom Kriege.

Die Politik der Reichsregierung ist friedfertig und es wäre Wahnsinn, wenn sie anders wäre. Jedes Jahr hat die Reichsregierung bei den Etatsberatungen darauf hingewiesen, daß nur ein Verrücker an Krieg denken könnte. Wir haben die Genug-tuung, daß auch der Herr Reichspräsident, der doch ein ernster militärischer Fachmann ist, erklärt hat, Deutschland könne an einen Krieg nicht denken. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Reichsregierung war und ist immer bereit, zur Schaffung internationaler Sicherheit mitzuwirken. Aber solange das nicht geschehen ist, hat der Reichswehrminister die Verpflichtung, im Rahmen des Versailles-Friedens alles zu tun, um zu verhindern, daß unser Land Kampfplatz und Stappengebiet fremder Truppen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn es nicht zur allgemeinen Abrüstung kommt und wenn wir einmal die Gleichberechtigung erhalten, dann werden wir auch wieder ein Heer aufbauen müssen, und deshalb spricht man in Frankreich von Cadres.

Dieses System, das uns aufgezwungen wurde, schafft uns — und dafür müssen wir der Entente danken — eine militärische Elite-truppe. Damit will ich keineswegs sagen, daß die Reichswehr die beste Truppe sei, denn dazu fehlen ihr schon die modernsten Waffen. Aber ein Volk, das geheime Rüstungen machen will, das muß ganz anders aussehen, als das deutsche Volk. (Sehr gut und Heiterkeit.) Von geheimen Rüstungen kann man nur reden, wenn man Soldaten spielen mit erstem, militärischem Dienst verwechselt. Wo sollen wir denn das Geld zu modernen Rüstungen hernehmen? England, das abgerüstet hat, gibt allein für seine Luft-rüstungen mehr aus, als unser ganzer Heeresetat ausmacht. Wir dürfen ja nur alle fünfzig Jahre einen Arbeiter herstellen und unser ganzes Festungssystem ist in Widerspruch zu dem klaren Wortlaut der Versailles-Bestimmungen durch das Londoner Ultimatum gestrichen worden. Wir dürfen an unserer ganzen Offiziersfront kein schweres Geschütz haben, außer in Königsberg, wo uns das konzediert worden ist. Bei einer derartigen Beschränkung unserer Landesverteidigung, wäre es ja ein Verbrechen, wollten wir uns selbst noch ganz wehrlos machen. Von geheimen Rüstungen kann keine Rede sein. Das weiß man auch drüben. Denn sonst hätten wir die Rotelängst bekommen. (Sehr gut rechts.) Man kann einen Mann, wie den General Morgan mit Denkschriften herausstellen, aber ein Mann, der einen glänzenden militärischen Namen hat, wird seinen Namen nicht dazu hergeben.

In zwei Fragen sind zweifelhafte Verfehlungen vorgekommen, für die die Regierung die Verantwortung zu tragen hat. Das eine ist die Einstellung der sogenannten Zeitfreiwilligen im Herbst 1923 und das zweite — was wir aber auch der Entente mitgeteilt haben —, daß wir zu jener Zeit auch begonnen haben, weil unsere Munitionsbestände völlig erschöpft waren, die Munition herzustellen, auf die wir nach dem Versailles-Frieden Anspruch haben.

Ich habe damals im Kabinett den Antrag gestellt, diese beiden Tatsachen der Entente mitzuteilen. Das ist unterblieben aus Gründen, die ich hier nicht erörtern will. Nach der Beendigung des damaligen katastrophalen Zustandes wurde die Militärkontrolle wieder aufgenommen.

Wir haben damals Vorschläge, um die Kontrolle, auch die spätere Generalinspektion auf jede Weise zu fördern und zu vereinfachen; wir wollten der Entente völlig reinen Wein einschenken und haben sie vor den gefälschten Berichten gewarnt, für die sie ihr gutes Geld ausgibt. Solche gefälschten Berichte bekommen wir ja auch über das, was drüben vorgehen soll. Die Einziehung der Zeitfreiwilligen in der damals sehr drohenden Zeit war schließlich nichts anderes, als was wir getan haben, als wir durch das Einrücken ins Ruhrgebiet im Frühjahr 1920 Deutschland einen ganz großen Bürgerkrieg ersparten. Andernfalls hätten wir unsere Pflicht verlegt. Es war damals notwendig, die abenteuerlichen Leute unterzubringen, sie auch einmal Kniebeuge machen zu lassen. (Heiterkeit.) Es wurden auch Arbeiter, besonders in Sachsen, in größerer Zahl eingestellt. Als die Gefahr des Bürgerkrieges vorüber war, sind wir mit großer Energie an den Abbau dieses Systems gegangen. Ich lasse keinen Zweifel darüber, daß da und dort über unseren Kopf hinweg gehandelt worden ist, aber ich konnte nur dort eingreifen, wo ich davon erfahren habe.

Nunmehr ist mit diesem System rücksichtslos abgeschlossen worden. Ich habe die bestimmte Meldung, daß Zeitfreiwillige nicht mehr eingestellt werden. Jeder Offizier, der das noch tun sollte, wird entlassen.

(Schluß folgt in der Morgenausgabe.)

Der Schiedspruch für die Hochbahner.

Das vereinbarte Schiedsgericht, das heute früh zusammentrat, fällt folgenden Schiedspruch: Es erhalten Lohnzulage: die Vorhandwerker 8 Pf., die Handwerker 7 Pf., die Angelernten 6 Pf., die Angelernten 4 Pf. und die Arbeiterinnen 3 Pf. pro Stunde. Die Erhöhung für das Fahrpersonal erfolgt nach dem gleichen Schlüssel. Diese Lohnregelung gilt bis zum 30. Oktober.

Zu diesem Ergebnis, wie auch in dem bis dahin zu erwartenden Verhandlungsergebnis für das Omnibuspersonal wird heute abend eine Funktionärsversammlung Stellung nehmen. Das Personal der Hochbahn wird wahrscheinlich in erneuter Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches entscheiden.

Die „Ketter“ in Verlegenheit.

Der Unfall der Deutschnationalen.

Das Schicksal der Regierung Luther hing gestern an einem Faden. Die Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsvertrages, die durch die Sozialdemokratie mit Leichtigkeit hätte herbeigeführt werden können, wäre der moralische und parlamentarische Bankrott einer Regierung geworden, die ohnehin keine Mehrheit in der Volksoberkeit hinter sich hat und nur der Duldung weiter bürgerlicher Kreise, nicht ihrer tätigen Unterstützung die Existenz verdankt. Käme es nur darauf an, eine Opposition um jeden Preis und ohne Rücksicht auf die politischen und wirtschaftlichen Folgen zu treiben, so wäre für die Sozialdemokratie die Entscheidung leicht gewesen. Allein es ging um mehr. Genosse Hilferding konnte in seiner ausgezeichneten Rede schlagend nachweisen, daß die deutsche Arbeiterschaft am Abschluß von Handelsverträgen das größte Interesse hat, und daß die Sozialdemokratie ihre Stimme nur deshalb nicht für den Vertrag in die Waagschale warf, weil sie sonst die Regierungs-parteien von ihrer Verantwortung über das Schicksal des Vertrages entbunden hätte. Eine derartige Stellungnahme wäre unvereinbar gewesen mit den politischen Pflichten, die den Parteien im parlamentarischen Staate zugewiesen sind und mit denen die Deutschnationalen in skrupelloser Demagogie vor aller Öffentlichkeit Scheinblinder geirrt haben.

Diese Demagogie ist jetzt entlarvt. Hätte man mit den Stimmen der Linksparteien den Vertrag gegen die Deutschnationalen durchgesetzt, so wäre es den reaktionären Draht-ziehern wieder eine Leichtigkeit gewesen, sich selbst als national, den Gegner als Sklaven des internationalen Kapitals hinzustellen, wie sie es so oft in den Wahlkämpfen getan haben. Jetzt haben sie dem Vertrag selbst zugestimmt. Sie haben ihre eigene Propaganda Lügen gestraft. Sie haben die Winzer, deren Stimmen sie noch in der Hindenburg-Wahl zu fangen gewußt haben, der fremden Konkurrenz preisgegeben. Sie haben damit nichts anderes getan als das, was unter den obwaltenden Umständen jede Partei hätte tun müssen, die nicht sich willenlos dem Joch kleiner Interessengruppen unterwirft, sondern das Wohl der ganzen Wirtschaft im Auge hat. Aber dieses Wohl der Gesamtwirtschaft hatten die deutschnationalen Stützen der Rechtsregierung in ihrer ganzen Propaganda bisher verleugnet. Die Schutzvorklage, die jetzt auf ihren Wunsch von der Regierung eingebracht worden ist, bezeugt das aufs neue. Denn sie ist nichts anderes als ein Geschenk an das Großkapital in Industrie und Landwirtschaft.

Das starke Interesse, das die Arbeiterschaft an den Handelsverträgen überhaupt hat, schloß es aus, schon gegen den ersten Vertrag zu stimmen, der die Zölle für eine Reihe wichtiger Warengruppen herabsetzt. Erinnerung sei hier insbesondere daran, daß der Zoll auf Reis, dessen Preisstand bei einer künstlichen Verteuerung des Getreides für die Ernährung breiter Volksmassen immerhin von Wichtigkeit ist, durch den Vertrag annulliert wurde, nachdem die Regierung in ihrer Hohnvolle dafür einen Satz von 4 M. je Doppelzentner vorgelesen hatte. Wichtiger noch als dieses Interesse an der deutschen Zollherabsetzung ist aber die Tatsache, daß der Vertrag, der auch der spanischen Regierung starke Zollbindungen gegenüber der deutschen Einfuhr auferlegt, der deutschen Ware den Weg zu dem wichtigen spanischen Markt offenhält und so der Arbeiterschaft vermehrte Beschäftigungsmöglichkeit bietet. Eine Ablehnung des deutsch-spanischen Vertrages hätte für weite Kreise der deutschen Industriearbeiterschaft Beschäftigungslosigkeit und Lohndruck im Gefolge gehabt. Diese Tatsache kennzeichnet wieder einmal die Politik der Kommunisten, die den Vertrag ganz bewusst ablehnten, damit sich an die Seite des Reichslandbundes und der Völkischen begaben und offenbar auch die Handelspolitik zum Mittel der Verelendung der deutschen Arbeiterschaft machen wollten.

Dazu kam noch eine große prinzipielle Frage. Jede deutsche Regierung braucht, wenn sie mit vielen Staaten in Handelsvertragsverhandlungen tritt, einen Verhandlungskredit. Hätte man den deutsch-spanischen Vertrag zu Fall gebracht, nachdem er erst einmal abgeschlossen und in Kraft gesetzt worden war, so hätten die Vertreter vieler anderer Staaten, die jetzt mit den deutschen Unterhändlern an einem Tisch sitzen und die internationalen Handelsbeziehungen regeln sollen, mit berechtigtem schärfstem Mißtrauen ihre Vorschläge formuliert, sich für die endgültige Ratifikation weitgehende Entschlußfreiheit vorbehalten und so die wirtschaftliche Entspannung der Welt auf lange Zeit hinaus verzögert. Unter diesen Umständen konnte es nicht darauf ankommen, den Vertrag bedingungslos zu Fall zu bringen, weil das den Interessen der deutschen Gesamtwirtschaft und damit denen der deutschen Arbeiterschaft widersprochen hätte. Die Schädigung des Verhandlungskredites, die so herbeigeführt worden wäre, hätte dann jede kommende Regierung auszubaden gehabt, genau so wie die Folgen der kaiserlichen imperialistischen Politik noch fünf Jahre nach dem Friedensschluß von der deutschen Republik haben getragen werden müßten, ja sogar noch für ein Menschenalter von ihr zu tragen sind.

Zerschlagen sind die Hoffnungen und die Wünsche jener reaktionären Verbände, die noch bis vor kurzer Zeit glaubten, die Regierung dahin beeinflussen zu können, daß sie Zollherabsetzungen auf dem Wege über Handelsverträge überhaupt verweigert und so das Schutzschiff des Bismarckschen Politik wieder aufnimmt.

Der erste Handelsvertrag ist abgeschlossen, er kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Es ist doch nichts als weiße Salbe, wenn die Rechtsparteien in ihrer gemeinsamen Erklärung und mit ihnen der Außenminister Stresemann gestern betonten, daß man neue Verhandlungen suchen würde. In einer Reihe von Punkten sind diese Verhandlungen ohnehin notwendig, und es war daher überflüssig, die Pflicht der Regierung dazu in einer besonderen Entschiedenheit zu betonen. Auf das Schicksal des gegenwärtigen Abkommens hat sie jedenfalls keinen Einfluß.

Darin liegt der Erfolg der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion, daß sie ihre Gegner gezwungen hat, Farbe zu bekennen. Die Deutschnationalen haben deshalb keinen schlechten Rahenjammer. Die „Deutsche Tageszeitung“, deren Hintermänner in der überwiegenden Mehrzahl für den Vertrag gestimmt haben, bedauert seine Annahme, weil er so einseitig zu Lasten der deutschen Landwirtschaft, namentlich des deutschen Wein- und Obstbaues gestaltet worden ist. Sie bedauert damit sich selbst, solange sie sich noch deutschnational nennt. Denn die deutschnationale Fraktion war es, die dem Vertrag zur Annahme verholfen hat und in der es sehr bedenklich kräftigt. Die „Deutsche Zeitung“ hält es nach wie vor mit den Winzern:

Für den kleinen deutschen Winzerstand „nur“ bedeutet die Annahme des deutsch-spanischen Handelsabkommens den Ruin — damit zugleich aber für Hunderttausende von Exporten in Rheinland, denen durch den Vertragsbruch Frankreichs vorbereitete Vernichtung sehr vollendet durch einen Vertrag des Deutschen Reiches!

Deutscher kann man nicht gut werden!

Aus sachlichen Gründen hat die Sozialdemokratie die Ablehnung des deutsch-spanischen Vertrages, aus politischen seine Annahme verweigert. Diese Gründe bleiben für alle zukünftigen Handelsverträge bestehen. Der deutsch-spanische Vertrag ist erst der Auftakt zu einer großen Serie von internationalen Vereinbarungen, die die Handelsbeziehungen Deutschlands mit dem Ausland regeln. Die deutsche Regierung befindet sich dabei in einer Lage, wie sie bei allen bisherigen Zolldebatten noch nicht dagewesen ist. Im Bismarckschen System der Handelspolitik war die Zollfestsetzung auf den Vertragsabschluss ohne Einfluß. Später unter Caprivi und Bülow gingen die Zolldebatten um Jahre den Handelsvertragsverhandlungen voraus. Ungeklärt konnte sich das Schachergeschäft der Interessenten und der theoretische Streit der Doktrinare entfalten. Diesmal ist es anders. Der Abschluß des deutsch-spanischen Handelsvertrages mit allen seinen Begleiterscheinungen wird für die Handelspolitik der nächsten Monate und Jahre richtunggebend sein. Es gibt kein Zurück mehr auf dem Wege der internationalen, von Staat zu Staat geregelten Handelsbeziehungen. Mit dem Vertrag ist eine freihändlerische Note in die gesamte künftige Handelspolitik hineingetragen worden, die zu den Schutz-zollentendenzen der Zolltarifnovelle in scharfem Widerspruch steht. Die Interessenten und die großen Parteigruppen werden vor dieselbe Frage, vor der sie gestern standen, nicht nur bei den kommenden Vertragsabschlüssen, sondern auch bei den Zollfestsetzungen für jede einzelne Ware gestellt sein. Die Sozialdemokratie wird die politische Macht, die ihr dabei durch ihre zahlenmäßige Stärke im Parlament gegeben ist, zu gebrauchen wissen. Genau so, wie sie gestern die Deutschnationalen gezwungen hat, ihren eigenen Versprechungen ins Gesicht zu schlagen, so wird sie, wenn es an der Zeit ist, auch vor einem Sturz der Regierung nicht zurückschrecken, sobald die internationale und die innere Lage den politischen und wirtschaftlichen Dauererfolg versprechen. Noch sind die Gegensätze zwischen Agrariern und Schwerindustrie auf der einen und der verarbeitenden Industrie und dem Handel auf der anderen Seite nicht weit genug gediehen, um die bürgerlichen Parteien, ihre Gruppierung und ihre Haltung zu bestimmen. Die Stunde, wo das der Fall ist, die Stunde dieses entscheidenden Konflikts

rückt mit jedem Tage näher. Und mit jedem Tage wächst das Gewicht der sozialdemokratischen Stimmen im Parlament, wächst die Einsicht der breiten Wählermassen in die Verlogenheit der reaktionären Propaganda.

Wir haben Zeit. Unseren Gegnern auf der Rechten aber wird diese Zeit nicht leicht werden. Dafür sorgt die Zerrissenheit in ihren eigenen Reihen, dafür sorgt die wachsende Kraft der Sozialdemokratie, die die Interessen der Arbeiterschaft gegen die Machtansprüche des Großkapitals durchzusetzen wissen wird.

Nach der Annahme des Handelsvertrages.

Während die Presse der äußersten Rechten, die „Deutsche Zeitung“, auch nach der Annahme des deutsch-spanischen Vertrages durch die Deutschnationalen diesen noch vor ihren Lesern ablehnt und die „Deutsche Tageszeitung“ mit der Aufzählung schwerer Bedenken über den Umsfall ihrer Hintermänner hinwegzutäuschen sucht, weiß der „Tag“ erbauende Dinge zu berichten. So eilig hatten es die Deutschnationalen mit der Annahme ihrer eigenen Demaskierung, daß sie sogar ein kostbares Liebesmahl verpaßt haben. Der „Tag“ erzählt an der Spitze seines Blattes:

Schade um den schönen Spargel. Ganze 67 Pfund davon hat Kollege Oler der deutschnationalen Fraktion für ihr heutiges Liebesmahl gestiftet; Kollege Haag dazu Heilbronner roten und weißen Wein. Auch der Schinken — oder waren es mehrere — ist schon fertig zerhackt. Wenn eine Fraktion derartiges vor hat, stimmen die anderen, das ist von altersher so Brauch, einer rechtzeitigen Vertagung zu. Auch diesmal hat Lölbe deswegen sich nach den Wünschen der Deutschnationalen erkundigt. . . . Aber die waren forsch und wollten unbedingt noch in den spanischen Handelsvertrag hineinsteigen. Nun haben sie den Salat.

Ja, nun haben sie den Salat. Ihre Propaganda für die Winzer und gegen die Interessen der Gesamtwirtschaft ist preisgegeben, damit man die Ministerkassell noch halten und die Zollvorlage sichern konnte. Eine feine Innung! Jetzt stehen sogar noch 67 Pfund Spargel, Wein und Schinken neben der deutschnationalen Ueberzeugung auf der Verlustliste! Ein gebrochenes Wort freilich ist leichter zu verschmerzen als ein Liebesmahl — das wird uns vom „Tag“ bestätigt. Nun haben sie den Salat. Er wird ihnen schlecht bekommen!

Die „Vossische Zeitung“ stellt fest, daß die Sozialdemokratie in sachlichen Gründen unter Zurückstellung parteilastischer und parteipolitischer Motive die Annahme des Vertrages ermöglicht hätte dadurch, daß sie, obwohl ausgesprochene Oppositionspartei, nicht gegen die Regierungsvorlage stimmten, sondern sich lediglich der Abstimmung enthielt.

Nun ist es keine Schande, wenn man aus sachlichen Gründen richtig handelt. Deshalb liegt doch kein Grund zu der Behauptung vor, die jetzt auch von den Kommunisten und ihrem Zentralorgan ausgeht, daß das Kabinett Luther sei nur durch die Sozialdemokratie gerettet worden. Wenn es den Kommunisten mit ihrer Ablehnung ernst war, hätten sie es leicht gehabt, sie in der dritten Lesung zu erzwingen. Da die meisten Sozialdemokraten während dieser Lesung infolge einer Fraktionsstimmung nicht anwesend waren, hätten die Kommunisten sich leicht aus dem Saale entfernen und die Beschlussfähigkeit feststellen können. Die Regierung stand dann vor größeren Schwierigkeiten. Die Kommunisten sind also mitschuldig an dem Weiterbestehen der Regierung Luther, woraus zu entnehmen ist, daß ihr Wortradikalismus nur ein Täuschungsversuch ist und daß sie an den Sturz des Kabinetts gar nicht ernstlich gedacht haben.

Bayerische Regierung gegen Gewerkschaften

München, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerische Regierung hatte im Oktober v. J. eine Verordnung erlassen,

durch welche die Teilnahme der schulpflichtigen Jugend an Vereinen geregelt wird. Die eigentliche Ursache zu dieser Verordnung lag in dem Unfug, den gewisse politische Kreise mit der Schuljugend trieben und der zur Untergrabung von Disziplin und Autorität in der Schule geführt hat. Die Verordnung verbietet den Volksschülern bis einschließlich der 7. Klasse grundsätzlich den Beitritt zu Vereinen, während der Beitritt der Schüler der 8. Klasse und der Fortbildungsschule abhängig gemacht wurde von einer Prüfung der betreffenden Vereine durch die örtlichen Schulaufsichtsbehörden. In der Praxis hat sich natürlich diese Verordnung im wesentlichen gegen die Arbeiterschaft ausgewirkt, eine Erfahrung, die man im Bayern der letzten Jahre stets mit Verordnungen der Regierung machen mußte. Die Arbeiter-Lerna- und Sportvereine und vor allem die Gewerkschaften, auch die christlichen, hatten alsbald lebhaften Klagen und Beschwerden zu führen gegen Entscheidungen von Aufsichtsbehörden, die der Arbeiterjugend den Beitritt zu den genannten Vereinigungen verboten. Gewisse staatliche Organe traten sogar an die Gewerkschaften heran und verlangten von ihnen eine Liste ihrer Mitglieder und den Ausschluß der noch schulpflichtigen Lehrlinge. Dies hat naturgemäß zu einer außerordentlichen Erregung der Arbeiterschaft geführt, so daß die Sozialdemokraten bei der Regierung vorstellig geworden sind. Diese hat sich daraufhin entschlossen, ihre Verordnung nochmals grundsätzlich nachzuprüfen. Allerdings nimmt die bayerische Regierung für sich das Recht in Anspruch, auch gegen die Artikel 124 und 159 der Reichsverfassung vom Standpunkt der Schulpflicht aus einschränkende Bestimmungen für die Teilnahme von Schülern an Gewerkschaften zu erlassen. Die Sozialdemokratie bestreitet ihr diese Annahme aus entschiedenster und hat die Regierung vor einem solchen schulpflichtigen Eingreifen in die verdienstvolle Tätigkeit der Gewerkschaften gewarnt, da ein Kampf zwischen Gewerkschaften und Regierung zu einem ungeheuren Schaden am ganzen Volkkörper führen müßte.

Die belgische Dauerkrise.

Die Sozialisten gegen ein Übergangskabinet Max.

Brüssel, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei besprach am Mittwoch unter Vorsitz des Brouderes eingehend die politische Lage. Nach einem Referat Vanderveeldes und Erklärungen mehrerer namhafter Führer wurde einstimmig beschlossen, einem außerparlamentarischen Übergangskabinet Max das Vertrauen zu verweigern und den früheren Beschluß zugunsten einer demokratischen Regierung mit praktischem Programm zu erneuern. Mit dieser klaren Absage der Sozialisten und der der Katholiken vom Tage zuvor ist der Versuch der Regierungsbildung durch Max natürlich erledigt. Trotzdem erklärt dieser, seinen Versuch zu Ende führen und vermutlich nächsten Donnerstag mit einer Regierung von Richtparlamentariern vor die Kammer treten zu wollen. Das bedeutet lediglich weiteren nutzlosen Zeitverlust. Im Generalrat der Arbeiterpartei war die Ansicht darüber geteilt, ob man mit der Katholischen Partei offiziell über die Bildung eines demokratischen Kabinetts verhandeln soll oder ausschließlich mit den demokratischen Abgeordneten. Die Stimmung war wieder stärker zugunsten der Uebernahme der Regierung durch die Sozialisten alle.

Die faschistische Landplage.

Ausbreitungen auch in Kopenhagen.

Kopenhagen, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Gestern abend veranstalteten die Faschisten, die nach italienischem Vorbild schwarze Hemden tragen, einen Umzug durch die Stadt. Als ein Trupp von etwa vierzig Mann den Rathausplatz passierte, kam es zu einem Zusammenstoß mit Kommunisten. Die Faschisten benutzten Schlagringe und Gummiknüppel. Das Publikum nahm gegen die Faschisten Partei, und bald war eine Schlägerei im Gange, an der verschiedene hundert Personen beteiligt waren. Die Faschisten suchten sich durch eilige Flucht in Sicherheit zu bringen. Zwei Personen wurden in ein Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei nahm achtzehn Verhaftungen vor.

Wer weint mit Heckenroth?

Herrn Heckenroth, Pfarrer in Altenkirchen im Westerwald, sind 3000 Goldmark in gemünztem Golde gestohlen worden. Armer Heckenroth! Du hast so treudeutsch, so stolz auf deinen Besitz, der dir das Wahlrecht erster Klasse im Dreiklassenpreußen sicherte. Du hast, und du verteidigst als preussischer konservativer Landtagsabgeordneter Besitz und Dreiklassenwahlrecht gegen die beschlossene Plebs mit zürnendem Eifer. Nun ist der Schatz dahin, und rings um dich Hohn und Schadenfreude. Niemand versteht die seltsamen Leiden, die du ausstehen mußt!

Wer weint mit Heckenroth? Dreitausend Goldmark in gemünztem Golde, 150 Zwanzigmarkstücke, 300 Zehnmarkstücke. Wie sie gerollt, wie sie geknistert haben mögen, wenn er sie zählte, müsterte, häufelte. Wie müde sie gebühret haben, wenn er sie aus hoher Hand auf den Tisch warf! 300 Zehnmarkstücke — Besitz, Sicherheit, Reichtum, Ansehen. Ein schöner Tisch voll. Ha, wie das Gold geknistert haben mag.

Heckenroth und sein Gold gegen die Welt — was kamte ihm ge-
heben? Armer Heckenroth — haben sie dich wirklich getraut, die dreihundert blühenden Goldstücke? Was hast du alles tun müssen, um sie zu sammeln, heimlich, verboteneweise, Stück für Stück? Hast du nicht heimlich den Stachel in deiner Brust gefühlt, als die anderen Gold für Eien gaben? Was es nicht eine wahre Freude, getrübt durch den Gewissensstachel des Unrechts, wenn du dein Gold blühen siehst? Und die Angst, die Angst, daß man es sehen, verraten, finden — stehen könnte! Die Angst, daß du es verlieren könntest, und mit dem blühenden Gold deine Ehre?

Armer Heckenroth, dann kam die Inflation. Wie warst du sicher, wie überlegen, wie viele tausendmal hast du dir gesagt: mir kann nichts geschehen. Und welche Erregungen des Besties! Dreitausend Mark in gemünztem Golde! Heute sind sie soviel wert, heute noch mehr, und heute gar ist ihr Wert märchenhaft. Was ist Heckenroths Gold auf dem Höhepunkt der Inflation? Nahrung, Kleidung, Luxus, Häuser, Feld, Hübe des Reichtums. Dreitausend Mark in gemünztem Golde 1923. Ja, Heckenroth, damals liebtest du dein Gold am meisten.

Aber es wurde zu verfluchtem Gold. Die Stabilisierung kam, und dreitausend Goldmark verloren den Märchenglanz, der vom Blitzen der Goldstücke ausging. Die magische Kaufkraft lief von ihnen ab, es waren dreitausend Goldmark, nicht mehr und nicht weniger. Wie oft magst du, o Heckenroth, sie in diesen Tagen angesehen haben, und dem Bewußtsein der Vergänglichkeit des Besitzes nachgelassen haben. Wie oft magst dich die Bier und das Elend des Geizigen gedacht haben, die Reue, daß du sie nicht zur rechten Zeit in märchenhaften Besitz verwandelt hast. Wie magst dich in diesen Tagen ihr schänder Wang in deinem geizigen Herzen verwundet haben. Damals, o Heckenroth, hast du Strafe erlitten. Strafe für dein Unrecht aus der Zeit, in der andere Gold für Eien gaben, Strafe für deinen unchristlichen Geiz.

Nun sind sie fort. Gestohlen. Dreihundert runde, blühende, goldene Achtmarkstücke. Ihr Glanz erkeut und verwünscht dich nicht mehr. Wie mich dich jetzt der Stachel schüttelt, wie mich der Stachel des Verlustes dich neben dem Stachel des Gewissens verwundet! Fort, gelobt! — und du, alter konservativer, jetzt deutschnatio-

nafer, Pfarrer, der Dessenlichkeit verdächtig als Geizhals, der das Vaterland in schwerer Zeit um Gold betrog. Fort der Besitz, das blühende Gold, fort die Ehre. Ein Dieb hat unwissend Gerechtigkeit an einem ungerechten Pfarrer vollzogen.

Armer Heckenroth, und nun mußt du noch der Republik dankbar sein. Hätte sie nicht dem Dreiklassenwahlrecht ein Ende gemacht, so hättest du mit dem blühenden Gold dein erstklassiges Stimmrecht verloren. Heckenroth, Christ, Pfarrer, kennst du nun die Sorgen und Leiden, die Strafen dessen, der da Schätze sammelt, die der Raub frisst, oder ein Dieb stiehlt? Heckenroth, deine Strafe ist in dir! Wer weint mit Heckenroth?

Gustav Kicketts „Glückspilz“.

Der Genosse Gustav Kickett, Präsident der Bühnengenossenschaft, famozer Gewerkschafter und Massenredner, weiß, was er seinem Nebenmenschen schuldet. Er selbst ist ein Bekämpfer des Lebens, der sich mancherlei Freuden gestattet. Ueberall gibt er die Parole zum Optimismus aus, daß die Welt es sich nicht schlecht ergehen lasse, daß die Menschen nicht meinen sollen, sie wären nur zum Traurigen geboren. Soweit es an Kickett liegt, hat er manchen Kampf angefochten, damit es den Künstlern wohlgehe auf Erden und sie der Welt ein Wohlgefallen bereiten. Der streitbare Gewerkschaftsführer ist aber auch ein heiterer Poet. Wenn er durch die Lande fährt, um die Arbeitsebenen auszusprechen, dann ist er in ständiger, zwischen zwei Aktenbündel ein Gedächtnisblatt einzulegen. Da redet er sich seinen Optimismus von der Leber und erzählt, wie er sich nicht klein kriegen läßt, und nach welchem Rezept man zu dem gleichen Lebensmut gelangt. So ist er eigentlich das gleiche, was er den Hauptgewinner des Glücks in seinem Schwank sein läßt, ein Glückspilz. Dieser Schwank ist ohne Rücksicht auf kritische Kleinräumer hingeschrieben worden. Dem Verfasser, der nun sommerlich im Schiller-Theater einwandert, liegt nicht daran, ein grobhartiges Problem kleinmütig zu lösen, oder ein kleines Problem großartig aufzublowern. Er will nur, daß wir ein wenig über jenen Lebensunfall lachen, durch den ein kräftiger Kerl zu einem dicken Hausen von Dollar-Millionen und einem salzigen Rädel kommt. Vielleicht werden viele Leute über diesen Schwank lachen, der so robust ist wie sein Verfasser. Die Schauspielerei sind ganz und gar bei der Sache, wenn sie so etwas spielen. Sie haben Bombenrollen, aber auch die Genugtuung, daß sie ihrem besten Freund einen Dienst erweisen. Darum spielen sie stolt und aufgelegt und mit allem, was sie können. Es ist vor allem Fritz Hirsch, der unermüdet lustige und gelenkige Improvisator, zu nennen, der den ganzen Akt einführt. Und dann kommen Leopold v. Ledebour, Max Schred, Wartha Harimann, die am Schluß des Schwanks ihren strahlenden Autor schmunzeln und zufrieden in die Ritze nehmen.

Max auf Chinesisch. Ein Chinese, der jetzt in San Francisco lebt, hat eine Uebersetzung des ersten Bandes von dem „Kapital“ ins Chinesische vollendet, und es ist ihm auch gelungen, dafür einen Verleger zu finden. Bei den chinesischen Buchhändlern sind so zahlreiche Vorbestellungen eingelaufen, daß die erste Auflage von 1000 Bänden schon vor dem Erscheinen verkauft war.

Die Wiedereröffnung der Beera. Aus Mailand wird uns geschrieben: Nicht nur Bücher haben ihre Schicksale, sondern auch Bilder. Als Italien im Mai 1915 der Donauanarchie den Krieg erklärte, wurde die Gemäldegalerie der Brera zu Mailand, die zu den reichsten Oberitaliens gehört, in gepanzerten Kisten in die Keller des Brerapalastes verbracht. Nach Caporetto aber begann auch die Flucht der Bilder. Sie gingen in zwölf Waggons, von Anarchisten eskortiert, nach Rom, wo sie mit fast sämtlichen Kunstschätzen aus den Galerien und Kirchen Mailands im Palazzo Venezia Unterkunft fanden. Der italienische Staat kann sich eine von neuzeitlichen Anschauungen getragenen Museumspolitik nicht rühmen, er betrachtet seine weltberühmten Sammlungen mehr als Einnahmequellen der Fremdenindustrie denn als Kulturinstitutionen für Italiener. So wurden denn auch die Kosten umfangreicher, häuslicher Veränderungen und Restaurationsarbeiten in der Brera in erster Linie von privater Seite gedeckt. — Mit Ausnahme einiger im Jahre 1920 freigegebener Säle blieb die Galerie volle zehn Jahre also bis zum Mai 1925 geschlossen. Die Neuordnung jetzt ist in vorzüglicher Disposition die Meister von Venezia, Umbrien und Toskana, die lombardische Schule, sowie die für die Schulen von Verona und Padua. Das strahlend ammutige Jugendwerk Rafaels, die „Bermählung Marias“, das Kleinod der Sammlung, findet man in neuer Aufstellung, umgeben von Giovanni Sotti dem Vater und zwei Jugendwerken des Luca Signorelli.

Das Alter des Niagara. Der Professor der Geologie an der Universität von Chicago, J. Horton Breg, glaubt das Alter der Niagarafälle nach seinen neuesten Untersuchungen ziemlich genau angeben zu können, und zwar berechnet er es auf 38 000 Jahre. „Die Natur hat uns selbst die Berechnung an die Hand gegeben“, sagt er, „indem sie uns zeigt, vor wie langer Zeit die Nordstaaten mit Gletschern bedeckt waren. Diese Berechnung können wir aus den Niagarafällen gewinnen. Die Fälle nagen den Felsen ab, aber den sie stürzen; sie waschen sie fort in einem Umfang von etwa 4 1/2 Fuß im Jahr. Daraus läßt sich erkennen, daß die Fälle ihren Ursprung im Südteil des großen Seengebietes vor etwa 38 000 Jahren bei Leadston und Durston hatten.“

Gesunden durch Radio. William W. Livingston in Baltimore verschwand im Februar vorigen Jahres aus seinem Heim. Vor einiger Zeit hörte seine Frau im Radio folgende Mitteilung: „Kannt jemand Mister William W. Livingstons und seiner zwei Kinder Adresse? Livingston hat sich in einem Hospital in Pittsburg, Pennsylvania, auf und leidet an Gedächtnisverlust. Er weiß weder den Namen seines Heimatortes, noch der Straße, in der er wohnte. Jeder Fingerzeig wird mit Freuden in Empfang genommen von Missing Persons Bureau in Pittsburg.“ — Frau Livingston setzte sich sofort in Verbindung mit dem Bureau und ist jetzt wieder mit ihrem Gatten vereint.

Bühnenchronik. Alexander Sidiis, der vor kurzem aus Amerika zurückgekehrt ist, wird im Deutschen Opernhaus Sonnabend als „Barbar“ und Sonntag als „Landgraf“ auftreten.

Die Wiener Philharmoniker begeben sich nach Deutschland und werden in einer Reihe von Städten, darunter auch in Berlin, Konzerte geben.

Marokkodebatte in Paris.

Renaudels Aufrage.

Paris, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch nachmittag begann die Kammer die am Montag vertagte Aussprache über die sozialistische Interpellation wegen Marokko. Die Interpellation wurde von dem Genossen Renaudel begründet. Die sozialistische Fraktion, so führte er aus, sei sich in vollem Umfang des Ernstes der Lage bewußt, um so mehr als die Ereignisse in Marokko geeignet seien, schwere internationale Entwicklungen nach sich zu ziehen. Die sozialistische Partei habe seit Beginn der Besetzung Marokkos durch Frankreich unaufhörlich auf die schweren Gefahren dieses Unternehmens hingewiesen. Für ihn, Renaudel, stehe es außer Zweifel, daß hinter Abd el Krim die kapitalistischen Interessen gewisser Unternehmungen und vor allem gewisser ausländischer Bergwerksgesellschaften stünden. Auch der Bolschewismus habe das Seine dazu beigetragen, den Nationalismus der Eingeborenen in den Kolonien zu schüren. Den unmittelbaren Anlaß zu dem Aufstand Abd el Krims scheine jedoch die unter dem Ministerium Poincaré erfolgte Forderung der französischen Politik in Marokko gegeben zu haben. Bis zum Jahre 1924 habe Frankreich sich darauf beschränkt, seinen Einfluß in der Zone nördlich des Uergha auszuüben. Erst im Jahre 1924 sei auf Wunsch des Marschalls Lyautey deren militärische Besetzung erfolgt. Am Namen des französischen Volkes verlangte Renaudel völlige Klarheit über die Vorgänge in Marokko, insbesondere darüber, wie das französische Oberkommando durch die Offensive Abd el Krims sich überraschen lassen konnte. Unter den stürmischen Protesten der Rechten, die den Redner fast bei jedem Satz durch lärmende Zurufe unterbricht, verlangt Renaudel Auskunft, wie groß die Zahl der nach Marokko entsandten Verstärkungen und insbesondere die französischen Verluste seien. Die Gazette von Casablanca seien bereits mit Verwundeten überfüllt. Im Namen der sozialistischen Fraktion verlangte Renaudel Verhandlungen mit Abd el Krim, um zu einem billigen Friedensschluß zu kommen.

War es schon bei der Rede Renaudels zu starken Särmzungen und stürmischen Unterbrechungen durch die Rechte gekommen, so lag die Sitzung während der Ausführungen des Kommunisten Doriot auf. Als er die Franzosen als „Unterdrücker von 20 Millionen Marokkanern“ bezeichnete, zog er sich bereits einen Ordnungsruf durch Herriot zu. Ungeheurer Lärm entstand dann, als er erklärte, daß sich die Soldaten in Marokko ihrer Kameraden im Ruhegebiet erinnern werden, die mit den Deutschen fraternisierten. Als sich der ungeheure Tumult, den diese Worte auslösten, etwas gelegt hatte, bezeichnete der Kammerpräsident die Bemerkung Doriot als Aufruf zur Gehorsamsverweigerung und beantragte gegen den kommunistischen Redner die Zensur. Diese wurde mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten und eines Teils der Sozialisten beschlossen. Daraufhin erhoben sich die Kommunisten und sangen die Internationale. Herriot verließ sofort den Präsidentenplatz und hob damit die Sitzung auf.

Bedingtes Vertrauensvotum des Linksblocks.

Paris, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Fraktion hat am Mittwoch vormittag in einer neuen Sitzung nach einer eingehenden Aussprache beschlossen, für die Entschliebung zu stimmen, die am Dienstag von einer Abordnung des Kartells der Linken als Abschluß der Kammerdebatte über die Marokko-Politik vorgeschlagen wurde. Voraussetzung ist allerdings, daß die Erklärungen, die Poincaré in der Kammer über die Ansicht der Regierung machen wird, mit denen übereinstimmen, die er den Delegierten der Linksparteien gegeben hat.

Die Entschliebung, mit der sich Poincaré und Briand einverstanden erklärt haben, enthält ein Vertrauensvotum und stellt ausdrücklich fest, daß die militärische Aktion in Marokko lediglich defensiver Natur sei und ausschließlich der Aufrechterhaltung und dem Schutze der Rechte zu dienen habe, die der Vertrag von Algieras Frankreich gegeben hat. Die Entschliebung nimmt weiterhin Kenntnis von der Bereitschaft der Regierung, sobald die Umstände es gestatten, in Verhandlungen über die Wiederherstellung des Friedens einzutreten.

Die Gewerkschaften fordern Verhandlungen.

Paris, 28. Mai. (W.T.A.) Der Verwaltungsausschuß des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) erklärt einen Aufruf, in dem er erklärt, er fordere von der Regierung, die Initiative zu einer Lösung der Marokkofrage zu ergreifen, die zur Entspannung und zum Frieden führen könne. Die einzige Mission, so heißt es weiter, die eine Nation ehren könne, sei ein anderes Volk für den Fortschritt zu begeistern und dafür zu sorgen, daß es in Gerechtigkeit, Freiheit und Wohlfahrt wache. Der Verwaltungsrat fordert die unverzügliche Einleitung von Verhandlungen mit den Rissenen.

Ein politischer Prozeß.

Verleumdung des Ullstein-Verlages — 500 M. Geldstrafe

Ein deutschnationaler Journalist, namens Ullmann, der eine Zeitschrift „Deutsche Arbeit“ herausgibt, hatte in dieser den vom Verlage Ullstein herausgegebenen „Weltaktas“ kritisiert. Besonders hat es ihm die Tatsache angefallen, daß in der Karte der Tschekoslowakei die Namen der Städte in tschechischer Bezeichnung aufgeführt wurden. Aus dieser Tatsache leitete Ullmann das Recht ab, den Verlag Ullstein als ein „nur noch in juristischem Sinne deutsches Unternehmen“ zu bezeichnen und der „Volk. Ztg.“ nach völkisch-deutschnationalem Beispiel den Schimpfnamen „Gazette de Foch“ anzuhängen.

Der Verlag Ullstein hat gegen Ullmann Privatklage erhoben, mit dem Resultat, daß der Beklagte heute zu 500 Mark Geldstrafe und zur Tragung der Kosten verurteilt wurde.

Faschistische Rache.

Hamburg, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Vor einigen Tagen meldeten wir die Ablegung des italienischen Bizekonsuls und die Verhaftung von fünf Italienern wegen eines schwindehaften Fahhandels. Hier verläutet nun, daß der zum Zwecke der Aufklärung dieser Angelegenheit aus Rom nach Deutschland entsandte hohe Beamte des italienischen Sicherheitsdienstes Dr. Dosi plötzlich abberufen wurde und seiner Wahrnehmung durch die faschistische Regierung entgegensteht. Die faschistischen Kreise in Rom und Berlin waren über die Rücksichtslosigkeit, mit der dieser unpolitische Beamte gegen ihre kompromittierten Parteifreunde im italienischen Konsulardienst vorgegangen ist, sehr empört und haben bei der vorgesetzten Zentralbehörde Dosis dessen Rottstellung beantragt.

Das Diplomatische Jahrbuch (Jahrgang 1925), das im Verlag Justus Perthes in Gotha herausgegeben wird, ist in neuer Auflage erschienen. Es enthält ausführliche Angaben aus Politik, Wirtschaft und Verkehr.

Die dörfliche Müllkute.

In allen Tonarten schimpfen die Bewohner der am Wald gelegenen beliebtesten Groß-Berliner Ausflugsorte, daß ihr „Wald in jedem Sommer von Ausflüglern durch Zurücklassen der Ueberbleibsel des „Festobers“ so arg verschandelt wird. Diese Klage ist alt und die ihr zugrunde liegende Unzufriedenheit trotz aller Ermahnungen der Presse und der Forstbehörden scheinbar nicht auszurotten. Nur einmal in den letzten Jahren war es anders. Das war in der Inflationszeit, als Tausende sich auf die Socken machten, um in den Wäldern altes Papier, Flaschen, Büchsen und andere weggeworfene Dinge, die plötzlich erheblichen Wert erlangt hatten, aufzusammeln. In wenigen Wochen sahen selbst die durch ihre bisherige Unsauberkeit verurteilten Waldgebiete blitzsauber aus. Heute ist die alte Verschmutzung wieder zur Gewohnheit geworden. Sind aber daran nur die Berliner Einwohner schuld? Die schleppen sich doch ganz sicher nicht mit durchlöcherter Eimern und Kannen, mit zerbrochenem Porzellan und rotgerstrennen ehemaligen Drahtzäunen herum. Ein großer Teil der Bewohner der Vororte und der nächsten märkischen Dörfer sollte sich in dieser Frage auch einmal an die eigene Nase fassen. Da wird alles, was man im eigenen Haushalt nicht mehr verwenden kann, in den nahen Wald oder auf Feldwege geworfen. Man sieht hier ganze Haufen von verrottetem Gerümpel, das schon viele Jahre lang liegen muß. So leicht wäre es, mit einigen Spatenstichen das Unbrauchbare zu vergraben, oder auch im Vorortdörf ist man gegen das Trägheitsgesetz nicht gefeit. Viele hundert solcher nur von den Dörfern herrührenden Schmutzherde sind nicht zu übersehen. Einer der kleinsten und größten ist beispielsweise kurz vor dem Eintritt nach Ruderdorf, wenn man von Alt-Buchhorst kommt. Was in einer Mulde aufgesperrt liegt, kann zehn Produktenteller füllen. Dem reinlichkeitsliebenden Wanderer wird von Dutzenden dieser Schmutzstätten, die er passiert, noch mehr die Stimmung verdorben als von Stuppenpapier und Eierschalen. Also, lieber Dörfler, was du nicht willst, das man dir tu, das sag' auch keinem anderen zu! Dann kannst du mit etwas mehr Recht als jetzt dich über Ausflüglern entrichten.

Der Haß gegen die Grundschule.

Protestversammlung von Eltern.

Die im Reichstag nach erbitterten Kämpfen zustandegebrachte Abänderung des Grundschulgesetzes hat infolge der für Preußen erlassenen Ausführungsbestimmungen bei einem Teil der Elternschaft eine Protestbewegung hervorgerufen. Diejenigen Eltern, die für ihre Kinder beim Übergang auf höhere Schulen eine weitgehende Bevorzugung erwarteten, sind durch die Ausführungsbestimmungen nicht befriedigt worden. Enttäuscht sind besonders Eltern, deren Kinder nach nur dreijährigen Besuch anderer Vorbereitungsstellen bereits von höheren Schulen zur Ofteraufnahme geprüft waren und nun wegen Ungültigkeit dieser Prüfungen nicht zugelassen werden. In Berlin ist aus der Elternschaft ein Arbeitsausschuß zusammengetreten, der vom Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung eine Milderung der Bestimmungen erreichen will.

In einer am Mittwoch abgehaltenen Protestversammlung, die von Eltern aus den in Betracht kommenden Berufungsklassen stark besucht war, wurde über die Tätigkeit dieses Ausschusses berichtet. Daß sie bisher erfolglos geblieben ist und daß der Minister sogar in einem Zeitungsartikel erklärt hat, er werde sich nicht durch eine kleine Minderheit eine Umgehung des Gesetzes abtrotzen lassen, trug nicht dazu bei, die Erregung der Versammlung zu dämpfen. Nach der Berichtserstattung durch zwei Ausschussmitglieder wurde eine Protestresolution vorgelegt, aber keine Aussprache darüber zugelassen. Anschließend fürchtete man die Freunde der Grundschule, die in der Versammlung gleichfalls vertreten waren und gegen die sich offenbar der vom Vorsitzenden bei Versammlungsbeginn im voraus angekündigte „Hausrechtsgebrauch“ richten sollte. Man wollte, obwohl zu der Versammlung durch Zeitungen eingeladen worden war (sogar vom „Vorwärts“ hatte der Arbeitsausschuß für die Belange der Elternschaft einen Hinweis erwartet), die Opposition als „hier nicht hineingehörend“ abtun. In dem Getöse kam ein Redner zu Wort, der unterem verstorbenen Genossen Konrad Haenisch, dem der Schulreaktion verdachten früheren Volksbildungsminister, eins auszumischen versuchte. Er stellte sich vor als Sohn desjenigen Lehrers, der dem Gymnasialisten Haenisch, als er „aus Prima abging oder abgegangen wurde“, das Abgangszeugnis schrieb, und wollte jenes Zeugnis, dessen Wortlaut er sich verschafft habe, vorlesen. Leider wurde er durch stürmische Pluruse der Opposition gehindert, sein Vorhaben auszuführen. Solche Zeugnisse kennzeichnen manchmal mehr den Lehrer als den Schüler. Aus Haenischs Zeugnis hätte man vielleicht erfahren können, wie weit dem Lehrer, der den wegen „sozialistischer Umtriebe“ von der Schule verwiesenen Primaner Haenisch zu beurteilen hatte, der Sohn gleicht, der nach drei Jahrzehnten durch Vorlesung jenes Zeugnisses den toten Minister Haenisch bloßstellen zu können glaubte.

Die Protestresolution wurde unter lebendem Beifall der Grundschulfrunde angenommen. In großer Erregung ging die Versammlung auseinander.

Schwarzweißroter Flaggenpektakel.

Einige gutbezahlte reaktionäre Vernagrosse veranstalteten gestern im Kriegervereinshaus eine Spektakelkundgebung: „Her mit der Flagge Schwarz-Weiß-Rot.“ Eines fiel auf: ein Minimum an Gehörn und ein Maximum an Lungentrast, das die Trommelfelle zu sprengen drohte. Schweißbetropfte Männer, z. T. in enthaartem Anstand und zum anderen Teil in Wilhelmis seliger Paradeuniform bildeten das Kirchweihkomitee. Zur Hebung der Stimmung gab es in den Pausen Einlagen: Oberleitungsgelechte, Ringkämpfe zu zweien, aber auch in Massen. Letztere Sitzbänken schwenkten schwarzweißrote Papierfähndchen. Rüstige Arbeit hatten von wegen des Teufelentwurfs die Oberleitner zu leisten. Nach Abmarsch der Hakenkreuzgarde kam es auf der Straße zu Zusammenstößen. Gummistülpel belebten die Szenerie. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Alles in allem: Eine muntere nationale Sache von durchaus urwüchsigem Humor. Gewährt sei, daß eine Resolution angenommen wurde, die die Wiedereinführung der monarchistischen Parteifarben als Landesflagge verlangt. Es war bezeichnend, daß selbst in diesem Kreise diese Entschliebung auf nicht unerheblichen Widerspruch stieß.

Sportärzte.

Die Stadt Berlin, die schon bisher für die Förderung des Sports in außerordentlichem Maße eingetreten ist, wird nunmehr, nach einer Mitteilung des Hauptgesundheitsamts, auch bei der Versorgung der Sportvereine mit den erforderlichen Sportärzten sich maßgebend beteiligen. — Als erster Schritt hierzu ist es anzuführen, daß der Stadtmittelärzt Professor Dr. von Drigalski den Vorbehalt der neu gegründeten Ortsgruppe des Deutschen Kergiebundes zur Förderung der Leibesübungen übernommen hat. Dem Vorstände dieser Ortsgruppe gehören weiter an: die Herren Sanitätsrat Dr. Scheyer, Vorsitzender des Groß-Berliner Kergiebundes, Abt. Direktor Dr. Schwerts sowie die praktisch als Sportärzte bereits wiederholt herangezogenen Herren: Dr. Willner, Dr. Ruhemann und Dr. Herzheimer. Der letztere ist gegenwärtig Leiter der ersten sportärztlichen Untersuchungsstelle der Stadt Berlin in der Charlé. — Nachdem die Sportvereine sich fast all-

gemein auf den Standpunkt gestellt haben, daß eine geregelte sportärztliche Versorgung eine wichtige Voraussetzung für eine zweckmäßige weitere Entwicklung des Sports ist, wird nunmehr die neue Ortsgruppe die Versorgung der Vereine mit fachlich entsprechend qualifizierten Sportärzten als erste Aufgabe durchzuführen haben. Das Interesse der Kergiebund an den Fragen des Sports kennzeichnet sich durch zahlreiche Beifriederklärungen zur Ortsgruppe.

Schnellbahnbau Gesundbrunnen — Neukölln.

Die Stadt Berlin hatte mit der U.G. Schnellbahn Aktiengesellschaft i. Lique. im Oktober 1923 einen Vertrag geschlossen, wonach die durch den begonnenen, aber nicht beendigten Bau der Schnellbahn Gesundbrunnen—Neukölln berührten Straßen für den Verkehr wiederhergestellt werden sollen. Die vertragsmäßige Wiederherstellung der Straßen ist bis jetzt ungefähr zu rund zwei Dritteln von der Gesellschaft vorgenommen, während das letzte Drittel der Erfüllung noch aussteht. Die Aktiengesellschaft hat nun die Stadt gebeten, den Rest der Wiederherstellungsarbeiten gegen Vergütung zu übernehmen und gleichzeitig eine endgültige Auseinandersetzung zwischen Stadt und Gesellschaft zu vereinbaren. Der Magistrat ist dieser Anregung der Gesellschaft nähergetreten, weil durch die inzwischen erfolgte Veränderung der Verhältnisse, insbesondere durch die Umwidmung der Stadt, selbst den Bahnbau in nächster Zeit fortzuführen, eine gewisse Vereinfachung der Arbeiten ebenso wünschenswert ist wie die Ausführung durch die Stadt. Mit der Gesellschaft ist daher ein Vertrag vereinbart worden, wonach die noch ausstehenden Arbeiten mit gewissen Ausnahmen durch die Stadt gegen eine bare Entschädigung von 150 000 M. übernommen werden und die Ueberlassung von Materialien in Aussicht genommen ist. Ferner soll durch grundbuchliche Eintragungen gesichert werden, daß der Stadt bei der Uebertragung der der Gesellschaft gehörigen Grundstücke Schwierigkeiten nicht entstehen. Sodann ist nochmals der Erwerb des Eigentums sämtlicher vorhandener Tunnelbauwerke, einschließlich des Tunnels unter der Spree, durch die Stadt festgelegt. — Die Tiefbau-deputation hat dem Vertragsentwurf zugestimmt, auch hat das Grundbuchamt des Amtsgerichts Berlin-Mitte schriftlich bestätigt, daß gegen die im Vertragsentwurf formulierten Eintragungen keine Bedenken bestehen. Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung ersucht, ihr Einverständnis mit dem Abschluß des dahingehenden Vertrages mit der U.G. Schnellbahn Aktiengesellschaft i. Lique. zu geben und die Beschlusfassung möglichst zu beschleunigen, weil sich die Gesellschaft nur bis Ende Juni gebunden hat.

Gattenmord in Weissensee.

Bei der Kriminalpolizei in Weissensee fand sich in der vergangenen Nacht der Eisenbahnarbeiter Kanz ein und bezichtigte sich selbst, seine 50jährige Frau um ihren ausdrücklichen Wunsch getötet zu haben. Die Polizisten fanden in der Wohnung in der Kronprinzenstraße 10a die Frau erhängt auf. Die Untersuchung ergab jedoch, daß die Tote Bürgergemale am Hofe aufwies. Dadurch ist der Verdacht entstanden, daß Kanz erst seine Frau erstickt und erst später als Leiche aufgehängt hatte. Die Untersuchung des mysteriösen Falles wird vermutlich binnen kurzem Arbeit bringen.

Aufklärung eines falschen Mordgerüchtes.

Seit Anfang d. J. war in der Gegend von Dranienburg, besonders in Pinow, ein Mordgerücht verbreitet. Ein Werkmeister B. aus Berlin hatte sich mit seiner Geliebten, die schwanger sein sollte, gezankt. Das Paar hatte sich darauf getrennt und weder B. noch sonst jemand wußte, wo das Mädchen geblieben war. Da kam zuerst in Pinow, wo B. bei einem Straßenaufbau eine Zeitlang beschäftigt gewesen war, das Gerücht auf, daß er seine Geliebte ins Wasser gestochen und ertränkt habe. Das Gerücht verbreitete sich immer weiter, besonders nachdem zu Anfang Februar in jener Gegend die Leiche einer unbekannt schwangeren Frau aus dem Wasser gefischt worden war. Diese Leiche, die unbekannt beerdigt worden mußte, daran hielt das Gerücht hartnäckig fest, die ermordete Geliebte des Werkmeisters sein. Dieser selbst suchte vergeblich nach dem Verbleib seiner ehemaligen Geliebten. Auch alle Nachforschungen der Behörden blieben erfolglos, bis es jetzt endlich der Kriminalpolizei gelang, das Mädchen in Neukölln, wo es im Dienst steht, zu ermitteln. Das Gerücht von seiner Schwangerschaft und seiner Ermordung erwies sich als leeres Gerücht. Wer die Ertrinkene ist, weiß man immer noch nicht.

Hundesperre noch bis Ende Juni.

Verschiedene irreführende Nachrichten über eine Aufhebung bzw. Milderung der Hundesperre in ganz Groß-Berlin veranlassen den Polizeipräsidenten, darauf hinzuweisen, daß eine Aufhebung der Hundesperre erst drei Monate nach dem letzten festgestellten Tollwutfall erfolgen kann. — Eine Milderung der Hundesperre bzw. Kürzung der Sperrzeit ist nach den gesetzlichen Bestimmungen leider nicht möglich. Dagegen wird eine Verkleinerung des Sperrbezirks sobald irgend möglich angängig vorgenommen werden. — Falls kein neuer Tollwutfall festgestellt wird, ist mit einer völligen Aufhebung der Hundesperre in Groß-Berlin Ende Juni zu rechnen. — Hierbei wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Hunde, die aus dem Sperrgebiet in einen sperrfreien Teil Berlins oder bei Ausflügen im Vorortverkehr mitgenommen werden, dem Maulkorb- und Leinenzwang unterliegen. Die Herkunft der Tiere wird in Verdachtsfällen durch Feststellung der Persönlichkeit der Besitzer festgestellt werden.

Vom Autobus der Linie 11 zermalmt. Heute vormittag um 11 Uhr wurde an der Jerusalemer, Ecke Leipziger Straße ein älterer Herr von einem Autobus der Linie 11 überfahren und ihm beide Füße zermalmt. Mit einer Krattdrohse wurde der Verunglückte nach der nächsten Unfallstelle gebracht und von dort in ein Krankenhaus übergeführt.

Todt eines Defraudanten. Der Kaufmann Richard Jtal, der zwei Jahre lang im Berliner Reichskeller den Ein- und Verkauf in der Weinabteilung leitete, ist nach Unterschlagung von 20 000 M. geflüchtet. Wie jetzt feststeht, hatte Jtal, ein verheirateter Mann, ein Verhältnis mit einer Miss Jilmann, mit der er auf großem Fuße lebte. Mit ihr ist er jetzt auch in seinem eigenen Auto mit der Nummer I. A. 4306 entflohen. Man vermutet, daß der Flüchtige mit einem Londoner Freund verabredet hat, mit seiner Geliebten ebenfalls nach London zu kommen.

Die Attraktionen des Luna Parks sind um einige vermehrt worden. Einen sehr schönen Landschaftsfilm von der bayerischen Wendelsteinbahn benutzte man zu einer recht hübschen Illusion. Ein Bärentheater führt russische und tibetanische dressierte Bären nebst einem drolligen, tapfsamen Bärenbuben, einem echten lebendigen Lebdogbärchen, vor. In einer trotz ihrer Größe fast kaum wirkenden Halle mit einem famolen Rollschuhparkett tritt der Eiselkönig Brettbart auf, der mit lächelndem Antlitz Höhenflängen wie Blumendradt biegt. Auf einer Freibühne sieht man in mitlungsvoll gemischten Lichtern die Körperschönheit gut gebauter Athleten, Tänzer und Tänzerinnen.

Jugendweiche Neukölln. Anmeldungen hierzu in den Vorwärts-Expeditionen, Redarstraße 2 und Siegfriedstraße. Einschreibgebühr 50 Pf. Der Unterricht beginnt Freitag, den 12. Juni.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Jungsozialisten, Gruppe Kochen, Schönstedt, 1. Freitag abend 7 1/2 Uhr; Eisenarbeiter, Klub, Berlin; Genosse Ding — Treffpunkt zur Pflanzarbeit nach dem Uebersee, Sonnabend abend 6 1/2 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen.

Gewerkschaftsbewegung

Das kapitalistische Sowjetrußland.

„ADGB und Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation.“

Von dem Genossen Fürtwängler erhalten wir folgende Aufsicht:

In der wissenschaftlichen Gewerkschaftszeitung „Die Arbeit“ haben Herausgeber und Redaktion eine Plattform geschaffen, um gewerkschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Erörterungen unter Wahrung strikter Sachlichkeit und gelöst von offiziellen und programmatischen Bindungen zu ermöglichen. Gemäß diesem Grundgedanken ihrer Leiter habe ich in der neuesten Nummer dieser Zeitschrift die englische Originalausgabe des Berichts der britischen Gewerkschaftsdelegation aus Sowjetrußland nach meiner eigenen freien Uebersetzung besprochen und dabei der Meinung Ausdruck gegeben, daß das umfangreiche Werk nichts weniger als ein Reisebericht ist und überhaupt nicht auf Grund eigener Wahrnehmungen entstanden, dafür aber als Uebersetzung und Zusammenfassung allgemeiner kursierender Sowjetangaben aus allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens wertvoll und lehrreich sei. Ob dieser Aeußerung herrscht bei der „Roten Fahne“ seltsame Freude. Triumphierend zitiert sie in der Nummer vom 24. Mai den folgenden Satz aus meiner Besprechung:

„Es ist eine übersichtliche und lehrreiche Darstellung russischer Finanz-, Wirtschafts-, Transport-, Armee-, Rechts-, Unterrichts-, Kultur-, Hygiene-, Wohnungs-, Arbeits-, Lohn-, Organisations- und Genossenschaftsverhältnisse...“ (und unterschlägt: „wie sich an der Hand tabellarischer, statistischer, statistischer, protokolllarischer, literarischer, programmatischer und journalistischer Materialien ergibt“ und zitiert weiter: „Jedem zum Studium zu empfehlen“, und verschweigt: „der nicht die Zeit oder die Sprachkenntnisse besitzt, um durch Lesen der „Pravda“, „Ekonomschestska Schljn“, „Obozrenije“ usw. zu einem ähnlichen Bilde zu gelangen“.

Eine gewisse Uebung im Zitieren kann man dem Gewähromann der „Roten Fahne“ nicht absprechen, wohl aber muß man sich fragen, ob ihm denn kein Augenblick der Gedanke behelligt, daß eintr oder der andere seiner Leser die Besprechung im Original zu Gesicht bekommen könnte? Eine große Intelligenz muß er seiner Feierschar ohnehin nicht zutrauen, — oder ist er selber so sehr jeden Humors bar, um nicht das Gröteste zu empfinden, das darin liegt, daß einige Reisende als das Ergebnis einer fünfjährigen Tour das von mir ausgeführte Konversationslexikon über alle Fragen eines riesigen Reiches niederschreiben und veröffentlichen? Muß nicht auch dem letzten Leser der „Roten Fahne“ einleuchten, daß es sich dabei lediglich um eine — wenn auch nach so fleißiger und interessanter — Zusammenstellung von Quellen handelt, deren Richtigkeit und Glaubwürdigkeit ganz allein von der Qualität der in Anspruch genommenen Sowjetquellen abhängt, die während eines Ausfluges von fünf Wochen gar nicht geprüft werden können? Mit Hilfe der benutzten Unterlagen hätten die Delegierten, wie ich schon in der „Arbeit“ schrieb, das Wort zu Hause abfassen können, ohne sich vom Schreibstil zu bewegen. Das mindert, was ich hier nochmals sage, nicht seinen Wert als übersetzte Materialsammlung. Ich hoffe zur Ehre ihres Menschenverstandes, daß die Redakteure der „Roten Fahne“ den Bericht überhaupt noch nicht gelesen haben, denn sonst wäre es schlechthin unbegreiflich, wie gerade das Organ der kommunistischen Partei ihn der Öffentlichkeit zum Lesen empfiehlt. Eine blutigere Verhöhnung des kommunistischen Diktaturideals, als sie jedem, der lesen kann, aus diesem Bericht herausklingen muß, kann sich die reaktionärste Presse nicht leisten. Die Summierung jedes Kapitals lautet — um es in der Sprache der „Roten Fahne“ zu sagen —: Gefundung des Staates und der Wirtschaft durch „Verrat an Sozialismus“! Stück für Stück haben die wirklichen Machthaber den rechtgläubigen Parteikommunisten die Macht der Kontrolle und Diktatur entwandten, bis schließlich die kommunistische Partei neben dem Staatsapparat steht, — ein Hülflein Prediger und Weltverbesserer, von denen die Herrschenden sagen können, wie einst ihre Vorgänger von der Duma: „Ist die Kerle quatschen!“ So sieht, wenn man den Bericht gelesen hat, die „Diktatur des Proletariats“ aus, und die wohlwollenden Wendungen in dem Buche können dies Konterfei nur wenig abschwächen. Das Traumbild des sozialistischen Eilandes inmitten einer Welt kapitalistischer Ausbeutung — hier wird es erbarmungslos zertrampelt! Wenn die Sowjetvertretungen und russischen Handelsdelegationen in allen Ländern sich die Verbreitung des Werkes anlegen sein lassen, so tun sie in ihrem Interesse gut daran, denn es ist das privatkapitalistische Reisezeugnis, dessen ihre Regierung zur Kredit- und Bündnisfähigkeit in der Welt des schändlichen Rammons nun einmal bedarf, und wenn man es empfiehlt, um jemanden vom Diktaturwahn zu heilen, so mag auch dies richtig sein. Die „Rote Fahne“ aber, die laute Ränderin kommunistischer Herrschaft, dürfte für dies Buch nichts übrig haben als Haß und Flammentod. Sie preist es dennoch! Und die Moral von der Geschichte ist die biblische Mahnung: Ihr könnt nicht zwei Herren dienen. Kommunistenorgan und Sprechwerkzeug der Sowjetregierung gleichzeitig sein zu müssen, wird der „Roten Fahne“ wahrscheinlich noch manche Verlegenheit bereiten.

Der Verkehrsbund zur Lohnfrage.

Die Berliner Bezirksverwaltung des Verkehrsbundes hielt am Montag abend im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung ab. Beim Geschäftsbericht betonte Bevollmächtigter Dr. Mann, daß die Tarifbewegungen im ersten Quartal des laufenden Jahres zurückgegangen sind gegen die im letzten Quartal 1924. Die Lohnver-

handlungen wurden durch das Verhalten der Unternehmer immer schwieriger. In fast allen Branchen wurden die Lohnforderungen mit der Begründung abgelehnt, daß eine „neue Inflation“ zu erwarten sei, wenn sich das Lohnniveau der Arbeiterschaft hebt. Zudem hemmte die ungünstige wirtschaftliche Lage alle gewerkschaftlichen Aktionen.

Die Agitation, die in regster Weise betrieben wurde, brachte eine große Zahl von Neuaufnahmen. Dr. Mann erwähnte die Delegierten in der Werbung neuer Mitglieder nicht zu erlahmen. Der Kassierer Brecht sagte in seinem Kassenericht darüber, daß viele Mitglieder nicht den Beitrag bezahlten, der ihrer Lohnhöhe entspricht. Bei dem Unterstützungsempfang ergaben sich daraus viele Unzuträglichkeiten für die Mitglieder sowohl wie für den Kassierer.

In der Diskussion trat ein neuer Vortragsführer der etwa 20 Mann starken kommunistischen „Fraktion“ auf, der für die Erheiterung der Generalversammlung genügend sorgte. Die Delegierten kamen aus dem Lachen nicht heraus, was den Redner zu der unfeindlichen Selbstkritik veranlaßte, die Delegierten mögen nicht über jeden Dreck lachen. Sonst ist von den Kommunisten im Verkehrsbund wirklich nichts mehr zu berichten.

Im Schlußwort machte Dr. Mann noch einmal auf den Bundesbeschlus aufmerksam, der ausgeschiedenen Mitgliedern unter gewissen Bedingungen beim Wiedereintritt die alten Rechte sichert. Das aggressive Vorgehen der Unternehmer bei allen Tariffragen veranlaßte die Ortsverwaltung, folgende Resolution vorzulegen, die einstimmig angenommen wurde:

„Die Delegierten der örtlichen Generalversammlung des ADGB nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der allgemein ablehnenden Stellungnahme der Arbeitgeberorganisationen des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes bei der Erörterung und Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Die Generalversammlung erklart in dieser Einstellung der Arbeitgeberorganisationen eine Kampfansage und Herausforderung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, die von der Arbeitnehmerschaft nicht stillschweigend hingenommen werden kann.

Die Delegierten rufen deshalb die gesamte Mitgliedschaft zur Kampfbereitschaft auf und erwarten, daß in allen Branchen und Betrieben die Arbeitnehmer über den Ernst der Situation in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht aufgeklärt und die innerhalb der Organisation noch vorhandenen Mängel in aller Kürze ausgefüllt werden, um der neuerlichen Einstellung der Unternehmer wirksamer wie bisher begegnen zu können.“

Am Schluß der Versammlung wurden die Delegierten aufgefordert, in den Betriebsversammlungen rege Stellung zum Verbandstag zu nehmen.

Differenzen bei Schwabenthan & Gomann.

Die Firma Schwabenthan u. Gomann, Berlin, Saarbrückerstraße 22/24, hat den gesamten Arbeitern einen Lohnabbau von circa 20 Prozent zugemutet. Eine besondere Rolle spielt der Drehermeister Herr Rudolf Koch, der dem Herrn Gomann mittelste, daß in anderen Betrieben weit niedrigere Löhne gezahlt werden, um damit beweisen zu wollen, daß der Verdienst bei der Firma Schwabenthan u. Gomann zu hoch wäre.

Der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat alles versucht, um die Firma zu bewegen, den Abzug rückgängig zu machen. Die Firma beharrt jedoch auf ihrem Standpunkt und entließ sogar Mitglieder des Betriebsrats deswegen. Daraufhin legte die Gesamtarbeiterchaft die Arbeit nieder.

Die Arbeiterchaft muß den Betrieb der Firma Schwabenthan u. Gomann meiden, solange der Streit nicht beigelegt ist. Dem zuständigen Gewerkschaftsrat sei empfohlen, sich nochmals zu bemühen, um festzustellen, wie lange die Beschäftigten innerhalb des Betriebes beschäftigt werden. Nach unserer Kenntnis sollen Bezahlungen bis abends 10 Uhr in den letzten Tagen gearbeitet haben. Aus der Rücksichtslosigkeit der Firma müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen die Lehre ziehen, ihre Reihen zu schließen, damit sie gegen den Druck der Unternehmer gewappnet sind.

Ein Unternehmerliebling.

Man schreibt uns: Eine Doppelleistungs führte der rechtsradikale Direktor Itai in Berliner Ratskeller. Am Tage der energische arbeitereindliche Direktor, nachts — Kalkemendruher, Gaß in der Brecherewelt. Dieser Direktor hat anständige und tüchtige Arbeiter, die zehn Jahre und länger im Betriebe tätig waren, auf das Strohpflaster gebracht. Ein wahres Schredensregiment ist unter seiner Leitung im Berliner Ratskeller eingetriffen. Jetzt ist die Bombe geplatzt, der Herr „Direktor“ ist abgereist — wohin unbekannt — nachdem er sich mit dem nötigen Kleingeld aus dem Gefängnis seines Arbeitgebers versehen hat. Nach oberflächlicher Schätzung beträgt die unterschlagene Summe über 85 000 M. Der Mann verstand sein Fach. Seine Lehrmeister in den Kalkemenden haben einen tüchtigen Jungherrmann herangebildet. Um größere Summen sind ebenfalls auch noch verschiedene Lieferanten betrogen. Seine Mietwohnung hat der geschäftstüchtige Herr mit samt den Möbeln, die ihm nicht gehörten, veräußert. Dieses Subjekt war im Jahre 1921, als die gewerkschaftlichen Angestellten schwer um ihre Existenz kämpften, als Streikbrecher im Hotel Continental tätig. Offenbar hat Itais Tätigkeit als Streikbrecher ihm das besondere Vertrauen seines Arbeitgebers eingebracht, so daß er den Posten des Direktors bekam. Schon seit einem Jahr sollen die von Itai geführten Bücher nicht mehr stimmen und Fehlbeträge vorhanden sein. Unverständlich bleibt, wie ein solcher Bursche das unbedingte Vertrauen seines Arbeitgebers gewinnen konnte. Den Schluß seiner künftigen Wirksamkeit soll der Herr Direktor nach England verlegt haben.

Die französische Bergarbeiterbewegung.

Paris, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Nach der Unterredung, die der Arbeitsminister am Mittwoch mit einer Abordnung der Bergarbeiter hatte, wird er am Donnerstag die Vertreter der Fachen empfangen, um seinen Vermittlungsversuch fortzusetzen. Anstoß zu der Bewegung gab der Beschluß der Unternehmer, die anfangs des Jahres bewilligte Teuerungszulage von 1,20 Frs. pro Schicht mit Rücksicht auf die Krise im Bergbau zurückzuziehen. Die Vertreter der

Bergarbeiter verlangten mit höchstem Nachdruck die Beibehaltung dieser Zulage mit der Begründung, daß die Kosten der Lebenshaltung seit Beginn des Jahres nicht zurückgegangen, sondern im Gegenteil beträchtlich gestiegen sind. Falls es nicht zu einer Einigung kommen sollte, ist die Bergarbeiterchaft entschlossen, die angeforderte Lohnkürzung mit dem Eintritt in den Streik zu beantworten.

Auf dem Wege zur Einigung im dänischen Arbeitskampf.

Kopenhagen, 27. Mai. (TL.) Im dänischen Lohnkonflikt wurde eine vorläufige Einigung mit den Schiffszimmerleuten, den Tegtillararbeitern und den weiblichen Nichtfacharbeitern erzielt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Der Rahmenvertrag für die Metallindustrie ist fertiggestellt und in unserem Bureau (Linienstr. 83) bis nachmittags 4 Uhr im Zimmer 4, nach 4 Uhr im Zimmer 4 erhältlich.

Arbeitsnachweistagung.

Düsseldorf, 27. Mai. Am Mittwoch wurde in Düsseldorf die erste allgemeine deutsche Arbeitsnachweistagung nach dem Kriege durch den Landesoberhauptmann Horion eröffnet, der neben 400 Vertretern der örtlichen Arbeitsnachweise, Landesarbeitsämter, Gewerkschaften und Unternehmerverbände zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden begrüßen konnte. Er wies in seiner Begrüßungsansprache auf die große Bedeutung und die Leistungen der Arbeitsnachweise hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß nach erfolgter Stabilisierung der Wirtschaft eine Arbeitsmarktpolitik auf weite Sicht getrieben werden könne.

Als erster Redner sprach Prof. Dr. Romberg aus Gießen über: „Der deutsche Arbeitsmarkt in der Jahrhundertwende unter dem Einfluß des Konjunkturwandels“. Nach ihm sprach Regierungsrat Prof. Dr. Wehler aus Rürnberg „Zur Systematik der Arbeitspolitik“, dem ein Vortrag von Dr. Lütgens-Regade über „Wege, Ziele und Grenzen der Arbeitsmarktpolitik“ folgte.

In der Nachmittagsitzung begann die Aussprache über die drei Vorträge. Als erster Redner nahm Spliedt vom ADGB das Wort:

Ein systematischer Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften ist nötig. Die deutsche Wirtschaft darf nicht länger dem Zufall bei der Regelung des Arbeitsmarktes ausgeliefert sein. Ein durchgreifender Arbeitslosenbeschäftigung ist ohne gezielte Arbeitsvermittlung undenkbar. Der Arbeiter ist auch nicht gewillt, an den Fabrikanten um Arbeit zu betteln, sondern verlangt eine organische Arbeitsvermittlung, an deren Durchführung die Gewerkschaften maßgebend beteiligt sein müssen. Trotzdem die Arbeitgeber sich grundsätzlich zur gemeinsamen Regelung und paritätischen Verwaltung des Arbeitsnachweises bereit erklären, vertriebt der Zustand im öffentlichen Arbeitsnachweis nicht. Die Zahl der Vermittlungen bleibt weit zurück hinter der tatsächlichen Bewegung auf dem Arbeitsmarkt. Schuld daran ist, daß der öffentliche Arbeitsnachweis teils auf die Indifferenz, teils auf die grundsätzliche Ablehnung weiterer Unternehmertreue stößt, weiter aber auch, daß sehr oft Form und Befassung des öffentlichen Arbeitsnachweises unbefriedigend ist. Die Arbeiter sind die stärksten Stütze des öffentlichen Arbeitsnachweises. Gelänge es nicht, auch die Arbeitgeber zum gleichen Standpunkt zu bekehren, so wäre ein wirklich nutzbringendes Wirken des Arbeitsnachweises unmöglich. Am besten wäre, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Arbeitsnachweis und seine Benutzung zum Gegenstand tatsächlicher Regelung

machten. Es ist zu bedauern, daß die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände diesen Gedanken bekämpft. Jeder Versuch einer einseitigen Lösung der einen oder anderen Seite wird störende Kämpfe auslösen. Die Gewerkschaften verlangen, daß künftig alle Teile der Wirtschaft mit gleicher Nachdrücklichkeit für eine gemeinsame paritätische Durchführung der Arbeitsvermittlung wirken. Geschicht dieses nicht, so würde niemand den Arbeitern verargen können, daß sie aus dem ablehnenden oder passiven Verhalten der Unternehmer ihre Konsequenzen ziehen.

Der Hauptgeschäftsführer der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände v. Martius führte aus: Die Landwirtschaft kann wegen der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse die Vermittlung der Arbeitskräfte nicht durch den öffentlichen Arbeitsnachweis vornehmen. Es besteht bei den landwirtschaftlichen Arbeitgebern Mißtrauen gegen die öffentlichen Arbeitsnachweise, das nicht eher schwinden wird, bis die Landwirtschaft weitgehenden Einfluß auf die Bezeichnung der leitenden Stellen der Arbeitsämter hat.

Schneider vom Gewerkschaftsbund der Angestellten behauptete, die Angestelltenvermittlung könne vom öffentlichen Arbeitsnachweis nicht durchgeführt werden. — Redner trat unter starkem Widerspruch für Facharbeitsnachweise ein.

Dr. Oppenheimer (Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände): Der zwischenörtliche Ausgleich in der Arbeitsvermittlung durch die Landesarbeits- und Berufsämter wird so lange nicht möglich sein, wie die Wohnungsnot besteht. Die Unternehmer sind nicht gegen die öffentlichen Arbeitsnachweise, sie bekämpfen nur Tendenzen nach Zwangsmahnahmen. Der Arbeitsnachweis muß sich durch gute Leistungen Anerkennung erziehen.

Geheimrat Weigert (Reichsarbeitsministerium): Es besteht ein Bedürfnis nach gleichmäßiger Bestimmung des Arbeitsmarktes, und deshalb ist Arbeitsmarktpolitik notwendig. Wenn auch die Möglichkeiten des Ausgleichs beschränkt sind, so zeigt doch die Uebersiedlung von 9000 Bergarbeitern aus den südlichen Randgebieten des Ruhrgebiets in das Ruhrgebiet, daß auch im gegenwärtigen Augenblick diese Möglichkeit besteht.

Es sprechen noch Frauäulein Meined, Schröder vom Afa-Bund, Diller, Berlin und Kwasnit, Berlin vom Deutschen Landarbeiterverband. — Darauf verlagte sich nach einem kurzen Schlußwort des Referenten Lütgens der Kongreß auf Donnerstag vormittag.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: Viktor Ostermann; Gewerkschaften: Friedrich Götter; Reichsämter: Dr. John Schiffswill; Lokales und Sonstiges: Fritz Korb; Anzeigen: Th. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Siegel u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Das Spargeld der Arbeitnehmer in die Arbeitnehmerbanken.

Sparkonten . . . 9 bzw. 8 Proz.
Scheckkonten . . . 5 Proz. Zinsen p. a.

Für Genossen und regelmäßige Sparer günstige Darlehensbedingungen!

Bitte Prospekte anfordern!

Schaltererst außerhalb der Geschäftsstunden auch Montags und Freitags abends von 5 bis 7 Uhr.

Industriebeamten-Sparbank e. G. m. b. H.
Gegr. 1912
Berlin NW 40, Werlstraße 7
Postascheckkonto 12356 Berlin.

Neue Gänsefedern
ganz neue, ungeschwächte, leicht, konkurrenzlos billig
Willy Manteloff, Neutrebbin
(Oderb.) Gänsefarnstalt

Photoapparate, Feldstecher
kauft n. te gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

Nach dem amerikanischen System kaufen Sie bei Bezahlung innerhalb 6 Wochen noch billiger wie anderwärts bei sofortiger Kasse!

Das amerikanische System ist eine Wohltat, behaupten Tausende von Kunden!

Sie bekommen bei uns ein:

Wollen, gestreift, Herren-Homespun-Anzug für 33.- zahlen Mk. 10.- an und jede Woche Mk. 3.- ab	Gabardine-Herren-Anzug für 78.- zahlen Mk. 15.- an und jede Woche Mk. 10.- ab
Wollen, Nadelstreifen-Herren-Anzug für 40.- zahlen Mk. 10.- an und jede Woche Mk. 5.- ab	Herren-Homespun-Mantel für 28.- zahlen Mk. 5.- an und jede Woche Mk. 3.- ab
Haltbaren Herren-Gabardine-Anzug für 52.- zahlen Mk. 12.- an und jede Woche Mk. 5.- ab	Gabardine-Herren-Mantel für 40.- zahlen Mk. 10.- an und jede Woche Mk. 5.- ab

Bei sofortiger Bezahlung noch billiger! Maßanfertigung zu den gleichen Bedingungen

Schon bei Anzahlung kann Ware sofort mitgenommen werden. (Bei reichendem Ausweis.)
Bei Bezahlung innerhalb 4 Monaten werden die 20 Prozent Rabatt nicht abgezogen!

Bekleidungshaus d.m. nach amerikanischem System
Kottbuser Damm 28
Um Verwechslungen zu vermeiden, achten Sie genau auf unsere Hausnummern!

Reinickendorfer Str. 70
Beim Einkauf von über Mk. 20.- wird bei Vorzahlung dieser Anzahlung e. Mk. 1.- in Abrechnung gebracht.

Absorber-Pumpen
i. Laubkoloniat z. Selbstheilung
Tuberkulose, Nervenleiden, Krämpfe, Schindeln, Pocken, 10 Jahre, Brüder & Löhner
Pumpenfabr.
Humboldtstr. 11
7 Ma. r. l. Jan. 21.

Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1.
20 Telefonnummern

Comedy-Keller
Lustspiele
Lustspiele